

23.11.2020

Aktuelle Stunde

**auf Antrag
der Fraktion der SPD**

Corona-Krise gefährdet die Zukunft einer modernen Stahlindustrie an Rhein und Ruhr – den Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern

In der Bilanzpressekonferenz am 19.11.2020 hat der Thyssenkrupp-Konzern dargelegt, wie stark die Corona-Krise die ohnehin schwierige Lage des Unternehmens weiter verschlechtert hat. Zwar konnte durch den Verkauf der Aufzugsparte mit über 17 Mrd. EUR das Eigenkapital gestärkt und die Verschuldung reduziert werden. Aber die starken Rückgänge etwa im Automobilgeschäft schlagen nun voll durch mit einem Auftragsrückgang von 17% gegenüber dem Vorjahr. In diesem Zusammenhang hat die Unternehmensleitung den Abbau von 5.000 Stellen zusätzlich zu den ohnehin geplanten 6.000 Stellenkürzungen angekündigt und auch betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr ausgeschlossen. Erst am Dienstag, den 17.11. musste Thyssenkrupp bekannt geben, dass der letzte derzeit verbliebene Kaufinteressent für das Grobblechwerk in Duisburg abgesprungen und die Wahrscheinlichkeit einer Schließung des Werkes mit 800 Mitarbeitern damit stark gestiegen ist. Besonders schwierig ist auch die Situation der Stahlsparte, die fast 50% ihres Absatzes an die Automobilwirtschaft verkauft und bis Ende September nun einen Verlust von 946 Mio. EUR vermelden muss.

Die Situation bei ThyssenKrupp bringt auch die Zulieferer und Abnehmer entlang der Wertschöpfungskette in zunehmende Schwierigkeiten. Allein in Duisburg rechnet die Stahlallianz der Industrie- und Handelskammern mit einem Faktor 4 bei den indirekt mit der Stahlproduktion in Duisburg verbundenen Arbeitsplätzen, was insgesamt fast 100.000 Arbeitsplätze bedeutet. In NRW betreibt Thyssenkrupp neben Duisburg auch Werke in Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Hohenlimburg, Finnentrop und Kreuztal. Im regionalen Umfeld dieser Werke hat die problematische Lage des Unternehmens Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft.

Die Bundesregierung hat mit ihrem „Handlungskonzept Stahl“ ein mit den Tarifpartnern abgestimmten Aktionsplan für den Schutz und die Modernisierung der deutschen Stahlindustrie im Juli vorgelegt. Für Nordrhein-Westfalen ist eine diese Konzeption ergänzende und unterstützende Landesstrategie nicht bekannt. Ministerpräsident Laschet hat zwar öffentlich finanzielle Unterstützung für das Unternehmen in Aussicht gestellt, dies ist bislang jedoch völlig vage geblieben.

Dies ist vor dem Hintergrund eines derzeitigen Defizits von 1,6 Mrd. EUR und eines langfristigen Investitionsbedarfs von 10 Mrd. EUR allein im Stahlbereich für den Umstieg auf eine klimaneutrale wasserstoffbasierte Stahlproduktion bislang völlig unzureichend.

Der für den 11. Dezember angesetzte Stahlgipfel in Duisburg wurde aufgrund der aktuellen Pandemie-Lage abgesagt. Allerdings war im Vorfeld schon deutlich geworden, dass weder der Bundeswirtschaftsminister noch die Landesregierung konkrete Schritte für die Stärkung der Stahlindustrie zu diesem Gipfel vorstellen würden.

Angesichts der nun von ThyssenKrupp geschilderten Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage ist dringend mehr Initiative der Landesregierung gefragt.

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen beantragt daher für das Plenum vom 27. bis 29. November eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Corona-Krise gefährdet die Zukunft einer modernen Stahlindustrie an Rhein und Ruhr – den Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern“.

Im Zuge der aktuellen Stunde soll diskutiert werden, welche akuten Maßnahmen und Schritte in den kommenden Wochen und Monaten die Landesregierung anstoßen sollte, um auf die sich zuspitzende Lage in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie zu reagieren.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
André Stinka
Frank Sundermann

und Fraktion